



Ost-Berliner KP-Gipfel 1976*: „Der Eurokommunismus will orthodoxen Marxisten und bürgerlichen Konservativen nicht in den

Kommunismus heute

Teil III: Der Eurokommunismus — seine Ideologie und seine Widersacher

Ein Gespenst geht um in Europa — das Gespenst des Kommunismus“, schrieben Karl Marx und Friedrich Engels in ihrem „Manifest der Kommunistischen Partei“ — 1848.

Heute geistert es wieder durch Europa. „Jetzt geht das Gespenst des Eurokommunismus um“, sagte der westdeutsche Außenminister Genscher. „Es sind Gespinste der reaktionären Bourgeoisie“, warnte auf der anderen Seite die Kreml-Führung.

Unheimlich ist den Etablierten in West und Ost, daß, vor allem in Italien, Spanien und Frankreich, eine Ideologie immer populärer wird, die eine sozialistische Ordnung mit bürgerlicher Demokratie zu vereinbaren sucht. Sie will, so der Schweizer Philosophie-Professor Arnold Künzli („Über Marx hinaus“),

den „orthodoxen Marxisten und bürgerlichen Konservativen nicht in den gleichermaßen vernagelten Kopf“.

Die Eurokommunisten um den schüchternen KP-Chef Italiens, Berlinguer, den französischen Volkstribun und KPF-Boß Marchais und den bauernschlauen spanischen KP-Führer Carrillo sind dabei, den klassischen Kommunismus gründlich umzugestalten.

„Wir respektieren den Eurokommunismus“, sagt der portugiesische Sozialistenchef Mário Soares. „Es ist die wichtigste ideologische Strömung, die in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg aufgetreten ist.“ Am Ende könnte eine neue Form des Sozialismus stehen, wenn auch genug Zweifel an der Aufrichtigkeit des Wandels bleiben.

Trotz nationaler Unterschiede sind sich die Eurokommunisten darin einig,

- ▷ die Mehrheitsregeln der parlamentarischen Demokratie anzuerkennen und damit die Macht nach einer Wahl Niederlage wieder abzugeben;
- ▷ die demokratischen Grundfreiheiten und die Parteivielheit zu garantieren;
- ▷ die Marktwirtschaft, das private Eigentum an Produktionsmitteln und damit die Schrittmacherrolle der privaten Unternehmer zu akzeptieren sowie
- ▷ jeden Führungsanspruch der Sowjet-Union abzulehnen.

Das alles jedenfalls geloben sie. Die spanischen Kommunisten gehen noch einen Schritt weiter und verzichten — im Parteiprogramm — auf den Führungsanspruch der KP: „Kein Lehrmeister des Marxismus hat die Einpar-

* Mit Husák (I.), Breschnew, Honecker, Tito.



gleichermaßen vernagelten Kopf“

teikonzepktion entwickelt oder die Vorstellung einer durch Gesetz gegenüber den anderen Parteien privilegierten kommunistischen Partei.“ Damit haben sich die Spanier von Lenin distanziert, sie rechnen ihn nicht mehr zu den „Lehrmeistern des Marxismus“.

Das Konzept der Eurokommunisten zielt wohl auf eine radikale Umformung der Gesellschaft ab, aber nur schrittweise und in Übereinstimmung mit der — arithmetischen — Mehrheit der Bevölkerung. So lehnte es Frankreichs KP-Chef Marchais auf dem letzten Parteitag ab, „Etappen zu überspringen“. Marchais: „Unser Land muß überzeugt sein, daß die politische Mehrheit und die arithmetische Mehrheit in jeder Etappe zusammenfallen.“

Mehrheit als „politische Mehrheit“ (und das hieß arithmetische Minderheit) war eine der Positionen in Lenins Verwirrspiel mit bürgerlichen Begriffen gewesen. Der sowjetische Ideologe Konstantin Sarodow mahnte die Eurokommunisten denn auch: „Für Lenin und die Leninisten ist die Mehrheit nicht ein arithmetischer, sondern ein politischer Begriff.“

Westeuropas Reformkommunisten wollen die Vorteile der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer kapitalistischen Wirtschaft erhalten. „Weder in Italien

noch in irgendeinem anderen Land Europas gibt es eine revolutionäre Situation“, sagt das italienische KP-Vorstandsmitglied Giorgio Amendola und fordert seine Genossen lediglich auf, „für Besseres zu kämpfen, ohne das Erreichte zu gefährden“.

In ihrem Programm verlangen die spanischen Kommunisten, der Sozialismus in kapitalistischen Industrieländern müsse „logischerweise entwickeltere Formen des Sozialismus mit sich bringen“. Das werde „dem Sozialismus überall“ (also auch in den osteuropäischen Ländern) „helfen, sich auf ein höheres Niveau zu heben“.

„Der qualitative Sprung bei den Westkommunisten liegt darin“, stellt der Politologe Heinz Timmermann vom Kölner „Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien“ fest, „daß mit sozialistischen Gesellschaftsänderungen die Ergebnisse der bürgerlich-demokratischen Revolution nicht aufgehoben, sondern als prinzipieller Wert anerkannt und weiterentwickelt werden sollen.“

Würden sich die Eurokommunisten, einmal an der Macht, auf ihre Reformprogramme beschränken, hätten sie aufgehört, revolutionäre Parteien zu sein. Das jedoch glauben weder ihre konservativen Gegner, noch hoffen es ihre sozialistischen Brüder.

Für die westlichen Eurokommunisten-Kritiker sind die Reformkommunisten raffiniert taktierende Marxisten „mit Hammer, Sichel und Heiligenschein“ (so das konservative Magazin „Europa“). Als Beleg dient ihnen unter anderem der „Aufruf an das deutsche Volk“, in dem die damalige KPD am 11. Juni 1945 ein nahezu eurokommunistisches Programm verkündet hatte.

Die deutschen Kommunisten verlangten damals zur „Herstellung aller demokratischen Rechte und Freiheiten für das Volk die Aufrichtung . . . einer parlamentarisch-demokratischen Republik“. Denn es sei „falsch, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen“. Die KPD garantierte die „völlig ungehinderte Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums“.

Auf dem 20. Parteitag der KPdSU, der als Entstalinisierungsparteitag in die Geschichte einging, hatte Nikita Chruschtschow 1956 für die West-KPs ebenfalls den „parlamentarischen Weg zum Sozialismus“ proklamiert. Ob schon eine Umgestaltung der kapitalistischen in eine sozialistische Gesellschaft nach klassisch kommunistischer Auffassung nur durch die „Diktatur des Proletariats“ verwirklicht werden kann. Und die schließt den Parlamentarismus aus.

Schon die Väter der Sozialdemokraten, Eduard Bernstein und Karl Kauts-

ky, hatten den Revolutionsbegriff abgelehnt. Lenin nannte den Verzicht einen „Weltrekord in der liberalen Entstellung von Marx“.

Denn für orthodoxe Leninisten ist „die Lehre von der Diktatur des Proletariats das Wichtigste in der Lehre des Marxismus“ (so die Große Sowjet-Enzyklopädie 1957) und „keine veraltete Phrase, sondern ein unerläßliches Prinzip der revolutionären Arbeiterbewegung“ (so „Neues Deutschland“ in einer Mahnung an die Eurokommunisten).

„Strengste Disziplin ist eine Hauptbedingung für den Sieg.“

Zwar spielte die Diktatur des Proletariats für Marx und Engels keine überragende Rolle. In seinen Schriften hat Marx sie nur elfmal gebraucht. Am 5. März 1852 schrieb er an Joseph Weydemeyer: „Was ich neu tat, war . . . nachzuweisen . . . daß der Klassenkampf notwendigerweise zur Diktatur des Proletariats führt.“ Später hielt Marx den parlamentarischen Weg zum Sozialismus für vorstellbar.

Lenin jedoch funktionierte die von Marx als „Übergang zur Aufhebung aller Klassen“ gemeinte Formel in die Partei-Diktatur seiner Bolschewisten um.

„Unsere Partei erstrebt, wie jede andere Partei, die politische Herrschaft für sich“, schrieb Lenin 1917. Und ein Jahr später behauptete er, mit dem „bolschewistischen Sowjetdemokratismus“ sei auch eine „persönliche Diktatur“ vereinbar.

In der sowjetischen Praxis wurde die Diktatur einer proletarischen Volksmehrheit dann zur Diktatur einer Minderheit, der Partei, und zwar nicht, wie Marx und auch Lenin es gewollt hatten, als Übergangsphase, sondern als Dauerzustand.

Schon bald nach Etablierung der Einparteidiktatur im neuen Sowjetstaat rückte der italienische KP-Mitgründer Gramsci vom Diktatur-Begriff ab und ersetzte ihn durch „Hegemonie“.

Aber erst nach dem Krieg gaben die großen kommunistischen Parteien Europas das Diktatur-Dogma auf, als letzte die Franzosen auf ihrem 22. Parteikongreß im Februar letzten Jahres. Zwölf Jahre zuvor hatte der heutige KPF-Chef Marchais ebenfalls auf einem Parteikongreß festgestellt: „Das Konzept der Diktatur des Proletariats in Frage zu stellen hieße, auf das Terrain der bürgerlichen Demokratie abzugleiten.“

Stehen Frankreichs Kommunisten heute auf diesem Terrain? Dagegen spricht, daß die KPF wohl auf die Diktatur-Formel verzichtete, nicht aber auf die immer noch in den Parteistatu-

ten festgeschriebene „Wandlung der Gesellschaft durch den Klassenkampf“ und auch nicht auf den Führungsanspruch innerhalb einer Volksfrontregierung mit den Sozialisten.

Dafür spricht, daß sie sich neuerdings vorsichtig daranmachen, den letzten Grundsatz aufzugeben, der sie — theoretisch — noch von den Sozialisten unterscheidet: die Organisationsstruktur der Partei, von Lenin „demokratischer Zentralismus“ genannt.

Diesen Partei-Begriff gibt es in den Schriften von Marx und Engels überhaupt nicht. Die beiden hatten ins Kommunistische Manifest geschrieben, ihre Anhänger bildeten keine eigene Partei.

Ganz anders Lenin, der sich zeit seines Lebens für eine Elitepartei einsetzte, die militärisch straff organisiert sein müsse. „Ohne eine eiserne und kampf-gestählte Partei... ist es unmöglich, einen Kampf erfolgreich zu führen“, predigte er. Und: „Unbedingter Zentralismus und strengste Disziplin des Proletariats sind eine Hauptbedingung für den Sieg über die Bourgeoisie.“

„Den demokratischen Zentralismus demokratisieren.“

Spaniens KP hat den jahrzehntelangen Untergrundkampf nur dank strenger Organisationsformen überlebt, und KP-Chef Carrillo ist nicht bereit, den demokratischen Zentralismus aufzugeben.

Frankreichs Kommunisten haben noch vor Jahresfrist den Lenin-Grundsatz hochgehalten: „Wir sind eben keine Salonpartei wie die Sozialisten“, so René Andrieu, Chefredakteur des Parteiblatts „L'Humanité“, im Februar vergangenen Jahres zum SPIEGEL, „darum halten wir am demokratischen Zentralismus fest.“

Heute verlangt der KPF-Historiker Jean Elleinstein mehr Demokratie innerhalb der Partei, ZK-Mitglied und Parteitheoretiker Lucien Séve „den demokratischen Zentralismus zu demokratisieren“ — womit er zugleich den Wert des Demokratischen am Zentralismus und in den kommunistischen Demokratie-Floskeln überhaupt aufzeigt.

Weiter sind die Italiener. Im Frühjahr 1975 ersetzten sie das dem Sowjetvorbild entlehnte parteiinterne Politbüro durch einen Vorstand, dem 36 Mitglieder angehören. Derzeit beraten sie über ein internes Papier zum schrittweisen Abbau des wenig demokratischen Zentralismus.

Spektakuläre Säuberungen (wie 1969 die der Linksabweichler-Gruppe um die Zeitung „Il Manifesto“) sollen nicht mehr möglich sein. Abweichler werden künftig — ähnlich wie in der SPD — nach festgelegtem Ausschluß-Verfahren aus der Mitgliederliste gestrichen.



KP-Chefs Berlinguer, Marchais: Auf dem Feld bürgerlicher Demokratie?

Auch in Sachen Transparenz sind die Italiener ihren eurokommunistischen Partnern voraus: Als erste Partei Italiens publizierte die KPI die Jahresrechnung für 1975 und machte publik, wohin die 26,8 Milliarden Lire Einnahmen geflossen sind. Zugleich gab sie in ihrem „Almanacco PCI“ sämtliche Namen der oberen Parteifunktionäre bekannt.

Für die sowjetische KP und ihre Alliierten birgt die ideologische Erosion der West-KPs eine vielleicht größere Gefahr als die Beschlüsse der KSZE. Denn die neuen Ideen sind nicht leicht als kapitalistisches Gedankengut zu verteufeln — über kommunistische Publikationen drängen sie im Namen eines besseren Sozialismus in den Ostblock ein.

„Revisionisten“ nannte die ungarische Parteizeitschrift „Társadalmi Szemle“ die Eurokommunisten und verdächtigte sie, „die Einheit der revolutionären Kräfte zu zerschlagen“.

Denn mit der möglichen Aufgabe des „demokratischen Zentralismus“

würden die Reformkommunisten die letzte von insgesamt 21 Bedingungen aufgeben, die Lenin einst jeder KP stellte, wenn sie Mitglied der III. (kommunistischen) Internationale, der Komintern, werden wollte.

Offiziell sollte die Komintern die kommunistische Weltrevolution vorbereiten, in Wirklichkeit wurde sie, so der deutsche Politologe Nikolaus Lobkowicz, „in der Geschichte moderner Außenpolitik zu einem beispiellosen Machtinstrument“ aufgebaut, um der „Eroberungspolitik eines zwar kommunistischen, aber deswegen nicht weniger russischen Imperiums“ zu dienen.

Die Komintern-KPs hatten jede von den Sowjets eingeschlagene Richtung bedingungslos mitzumachen — andernfalls drohte ihnen Subventionsentzug, im Wiederholungsfall Rauschmiß.

Bis 1932 hatte die französische KP auf Moskauer Befehl sämtliche Gründungsmitglieder, darunter auch ihren Generalsekretär und ihren Komintern-Vertreter, eliminiert; die KPF wurde, wie der Philosoph und Alt-Stalinist Alt-

huser vermerkte, „die wohl moskau-treueste Partei in Westeuropa“ — eine Clique, die „jeden Kontakt zur eigenen Basis verloren“ hatte.

Nach Abschluß des Hitler-Stalin-Pakts und dem folgenden Kriegsausbruch 1939 gebot Moskau den französischen Genossen, den Wehrdienst zu verweigern. Das Parteiblatt „L'Humanité“ erbat bei den deutschen Besatzern Druckerlaubnis. Noch heute leidet die französische KP unter dem Trauma der anfänglichen Kollaboration mit den Deutschen.

Im Mai 1943 löste Stalin die Komintern auf, als Geste gegenüber den Westmächten. Zwar wahrte die Nachfolgeorganisation Kominform („Informationsbüro der kommunistischen und Arbeiterparteien“) nicht mehr die gleiche organisatorische Strenge, diente aber den gleichen Zielen.

Erst die zunehmend unterschiedliche Entwicklung der KPs außerhalb des Ostblocks und die mit dem 20. Parteitag eröffnete Entstalinisierung durch Chruschtschow führten 1956 zur Auflösung auch des Kominform.

Trotzdem blieb in den folgenden Jahren Moskau die große Schaltzentrale, in der die Fäden des Weltkommunismus zusammenlaufen sollten.

Seit Mitte der sechziger Jahre machen sowjetische Partei-Manager ihren

Einfluß auf die KP-Spitzen außerhalb des Ostblocks geltend durch

- ▷ ihre „Internationale Abteilung“ im ZK-Sekretariat, eine heute von dem einflußreichen Ideologen und ZK-Sekretär Boris Ponomarjow geleitete Stabsstelle der Partei, die auch die KPs im „kapitalistischen Ausland“ betreut;
- ▷ V-Männer in einigen Sowjet-Botschaften, die informelle Kontakte zu den örtlichen KP-Büros unterhalten, sowie
- ▷ Handelsabteilungen und Vertreter, die über geschickt eingefädelte Ostgeschäfte die kommunistischen Parteien vor Ort am Handel mitverdienen lassen.

Zur Etikettierung dieser Politik wurde das alte Lenin-Wort vom „proletarischen Internationalismus“ bemüht. Noch auf der letzten ZK-Sitzung nannte Breschnew den „proletarischen Internationalismus eines der Hauptprinzipien des Marxismus-Leninismus“.

Dieses „Hauptprinzip“ haben die Lateineuropäer über Bord geworfen — eindeutiger als den „demokratischen Zentralismus“ und selbst die „Diktatur des Proletariats“. KPS-Chef Carrillo hält den „proletarischen Internationalismus“ nur mehr für ein „zum Ver-

schwinden verurteiltes historisches Überbleibsel“.

Über 20 Monate lang verhandelten die Sowjets mit den Eurokommunisten, um das Prinzip des Internationalismus auf einem Gipfeltreffen aller europäischen KPs festzuschreiben.

Als die Konferenz dann schließlich im Sommer 1976 in Ost-Berlin stattfand, konnten sich die Vertreter der 29 europäischen KPs jedoch nur auf eine unverbindliche Kompromiß-Formel über die „internationale freiwillige Zusammenarbeit und Solidarität auf der Grundlage souveräner Unabhängigkeit jeder Partei“ einigen.

Und noch in einem anderen Punkt setzten sich die Eurokommunisten durch. An die Stelle der klassischen Redewendung „Marxismus-Leninismus“, den sowjetische Dogmatiker bis ins letzte verbindlich interpretiert hatten, trat die allgemeine Formulierung „Ideen von Marx, Engels und Lenin“.

Flugs strich die in ihrer Ideologie den Eurokommunisten sehr verwandte japanische KP den Begriff „Marxismus-Leninismus“ gänzlich aus ihren Statuten und ersetzte ihn durch „wissenschaftlichen Sozialismus“.

Roger Garaudy, ehemals Politbüro-Mitglied der KPF, bezeichnete das Konferenzergebnis als „die größte poli-



Komintern-Tagung mit italienischen Genossen, Lenin (M.), 1920: „Beispielloses Machtinstrument russischer Eroberungspolitik“

tische Niederlage der Sowjet-Führer“. Und die Sowjets taten alles, um den Konferenz-Kompromiß zumindest für ihren Herrschaftsbereich zu verändern.

Bei seinem Freundschaftsbesuch in Rumänien, fünf Monate nach dem Konferenzende, setzte KPdSU-Chef Breschnew die Formel „Marxismus-Leninismus“ erneut ins gemeinsame Kommuniqué. Schon auf dem Parteitag der KPdSU im Februar 76 beklagte Breschnew den Niedergang des proletarischen Internationalismus: Leider beginne manch einer ihn so zu interpretieren, daß vom Internationalismus praktisch kaum etwas übrigbleibe.



Breschnew-Gehilfe Ponomarjow (l.), Chef: Ende der Vorherrschaft

Breschnew: „Wir sowjetischen Kommunisten betrachten die Verteidigung des proletarischen Internationalismus als erhabene Pflicht jedes Marxisten-Leninisten.“ Für den Ostblockbereich kreierten die Sowjets einen „sozialistischen Internationalismus“, mit dem sie die Parteien ihres Herrschaftsbereichs ideologisch auf KPdSU-Linie halten wollen.

Schärfer noch war der semantische Krieg bei der Bezeichnung des geltenden Sozialismus-Modells. Die Sowjets nennen ihre eigene Gesellschaftsordnung fortan „realen Sozialismus“ und rücken den Eurokommunismus damit in die irrealen Sphäre.

Alexander Liloff, Politbüromitglied der bulgarischen KP, den die Sowjets oft vorschicken, wenn sie selbst noch nicht hart angreifen wollen, definierte das neue Dogma: „Die Konzeption des realen Sozialismus ist ein Synonym für den wahren Sozialismus und für das sozialistische Gesellschaftssystem.“

Die Eurokommunisten revanchieren sich, indem sie ihre Ideologie den „demokratischen Sozialismus“ nennen und den Ost-Sozialismus kaum verhüllt als diktatorischen Sozialismus abtun.

Schon als die französische KP die „Diktatur des Proletariats“ aufgab, hatte der bulgarische KP-Chef Todor

Die Quasi-Gleichsetzung von Eurokommunismus und Sozialdemokratie ist für die westlichen Reform-KPs ein kaum zu überbietender Affront, denn ideologisch sind die Sozis im Grunde der Hauptfeind der Kommunisten.

Das Schaustück west-östlicher Ideologie-Konfrontation läßt drei Szenarios offen: eine Versöhnung zwischen den Eurokommunisten und den Staatssozialisten des Ostens, einen Spaltungsversuch der Sowjets oder den Bruch.

Den Versuch eines Handels unternahm Breschnews rechte Hand für die West-KPs, Boris Ponomarjow, dieses Frühjahr.

Kurz vor dem Madrider Gipfel der Eurokommunisten Carrillo, Marchais und Berlinguer soll der italienische KP-Chef den Russen signalisiert haben, daß die Eurokommunisten auf weitere antisowjetische Attacken verzichten würden, sofern die KPs in Osteuropa ihre Bürgerrechtler rücksichtsvoller behandelten.

Letzter Rest von Verbundenheit mit Moskau.

Der Polit-Deal scheint geklappt zu haben: In Madrid bremste der blaß und wortkarg auftretende Berlinguer den spanischen KP-Chef, der sich einen möglichst scharfen Verriß der Sowjet-Union zur Imagepflege seiner Partei gewünscht hatte.

Und in Sofia schimpfte gleichentags Konferenzleiter Ponomarjow, der Prager ZK-Sekretär Vasil Bilak („Seid ihr in Prag so unfähig?“) vergifte mit seinen Vorschlägen für einen härteren Kurs gegen Dissidenten und Eurokommunisten die internationale Atmosphäre unnötig. Bilak („Wir werden nie die Klassenkampfpositionen des Internationalismus verlassen und den Attacken der Eurokommunisten weichen“) habe danach „wie ein geprügelter Hund“ gewirkt.

Folgsam kuschte die Prager Parteispitze und gestand am 12. März in ihrem Parteiblatt „Rudé právo“ zur Freude der Italiener ein, bei der Kampagne gegen die Bürgerrechtler zu weit gegangen zu sein.

Mitglieder des Zentralkomitees der KPI ließen ihre Gesprächspartner wissen, daß sie einen letzten Rest an „brüderlicher Verbundenheit“ mit den Sowjets für nützlich halten, um dort auf Liberalisierung zu drängen. Der offene Bruch mit dem Kreml sei deshalb falsch — und widerspreche dem eigenen Prinzip der Souveränität und ideologischen Autonomie.

Zum Bruch würde führen, wenn sich die Eurokommunisten eindeutig auf die Formel des KP-Dissidenten und Polit-Professors Roger Garaudy einließen;

Garaudy, den die französischen Kommunisten feuerten, aber heute wieder hofieren, verlangt eine „kopernikanische Inversion“, die in der Erkenntnis gipfeln müsse: „Die Sowjet-Union, das ist nicht der Sozialismus.“

Bleibt Szenario Nummer drei: eine Züchtigung der Reformkommunisten durch die Sowjets. Das hatte die KPdSU bereits 1970 versucht: Um den Kritiker Carrillo auszubootten, gründeten die Kreml-Herren eine Gegen-KP

unter Leitung des früheren Generals der spanisch-republikanischen Armee Enrique Lister.

Der Spaltungsversuch scheiterte kläglich, Lister brachte bestenfalls einige hundert alte Nostalgiker hinter sich: 1974 trat Breschnew den Canosagang an und schloß mit Carrillo Frieden.

Trotz des Lister-Debakels ist nicht ausgeschlossen, daß die Moskauer Parteizentrale weitere Spaltungsversuche

unternimmt, gemäß der alten kommunistischen Taktik, eine gefährliche Koalition am schwächsten Glied aufzubrechen.

„Die Sowjet-Union wird sich eine einzige Partei vornehmen, auf die sie alle theoretischen, politischen, wenn nicht gar militärischen Druckmittel konzentrieren wird“, sagt die Ex-Kommunistin und KPF-Historikerin Annie Kriegel: „Alles spricht dafür, daß diese Partei die französische KP sein wird.“

SPIEGEL Gespräch

„Ich möchte in der Sowjet-Union nicht leben“

Der französische KP-Ideologe Jean Elleinstein über Eurokommunismus und Sowjetpraxis

SPIEGEL: Herr Elleinstein, Ihre Partei will in Frankreich einen Sozialismus aufbauen, der sich grundlegend von dem der osteuropäischen Staaten unterscheidet. Wie wird dieser Eurokommunismus aussehen?

ELLEINSTEIN: Sieht man einmal von der Tschechoslowakei und der DDR ab, so ist der Sozialismus bislang nur in Ländern aufgebaut worden, die wirtschaftlich und kulturell unterentwickelt waren. Es gibt bislang nur einen Sozialismus der Unterentwicklung. In diesen Ländern hat es keine bürgerliche Revolution gegeben und keine demokratische Entwicklung. Die Strukturen dieser Länder waren nicht demokratisch. In der Sowjet-Union gab es seit 1921/22 keine Demokratie mehr, sondern eine Einparteiherrschaft.

SPIEGEL: In Rußland hatte der zaristische Staat alle Macht. Wollen Sie sagen: Das ist unter dem Kommunismus so geblieben?

ELLEINSTEIN: Ja, schon vor der Revolution spielte der Staat in der politischen und kulturellen Entwicklung Rußlands eine entscheidende Rolle. Die „Zivilgesellschaft“ nach der Definition des großen italienischen marxistischen Theoretikers Gramsci hatte sich noch nicht konstituiert.

SPIEGEL: Ist die Sowjet-Union in Ihren Augen eine Diktatur?

ELLEINSTEIN: Die Sowjet-Union ist aus einer tiefgehenden demokratischen Bewegung anläßlich der Oktoberrevolution entstanden. Aber im Gefolge des Bürgerkrieges hat die Füh-

rung der Sowjet-Union diktatorische Mittel anwenden müssen. Daher die Aufrechterhaltung diktatorischer politischer Formen bis zur heutigen Zeit.

SPIEGEL: Das werden Ihre sowjetischen Freunde nicht gern hören.

ELLEINSTEIN: Das ist aber nicht neu, da die Sowjets mich schon in ihrer Zeitschrift „Neue Zeit“ kritisiert haben. Es ist der grundlegende Widerspruch der vorhandenen sozialistischen Erfahrungen. Die sozialistischen Länder haben zweifellos Elemente des Sozialismus hervorgebracht. Aber schon Lenin sagte, eine Revolution zu machen sei gar nichts. Schwierig sei erst der Aufbau des Sozialismus. Die Sowjet-Union wird erst dann ein sozialistisch-demokratisches Land im wahren Sinne des



Eurokommunist Elleinstein: „Wir wollen einen ganz neuen Weg“

Jean Elleinstein

hat als erster französischer Kommunist ein kritisches Werk über die Sowjet-Union verfaßt („Geschichte der UdSSR“) und wird deshalb sowohl von den Stalinisten in der KPF als auch von osteuropäischen Zeitungen scharf angegriffen. Seit 1944 Mitglied der französischen KP, leitet Elleinstein, 50, seit 1970 als Stellvertretender Direktor das KP-Forschungsinstitut „Centre d'Etudes et de Recherches marxistes“. Er ist der Wortführer der eurokommunistischen Fraktion innerhalb der KPF und quasi Nachfolger des ausgeschlossenen Philosophen Roger Garaudy. Allgemein gilt in der KPF: Elleinstein spricht aus, was KP-Chef Marchais denkt, aber — noch — nicht öffentlich verkünden kann.